

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und der Fraktion DIE GRÜNEN

Präsidentenwahlen in Chile

Der Bundestag wolle beschließen:

Am 11. September 1973 wurde Chiles Demokratie durch den blutigen Putsch der chilenischen Streitkräfte gestürzt. Seither wird die Regierungsgewalt von einer Militärdiktatur unter Führung Augusto Pinochet Ugartes ausgeübt.

Mit klarer Mehrheit hat die Bevölkerung Chiles in einem „Volksentscheid“ am 5. Oktober 1988 abgelehnt, daß der von der Militärjunta vorgeschlagene Kandidat Pinochet für die Jahre 1989 bis 1997 als Präsident Chiles bestätigt wird.

Sie hat sich damit für die Demokratie und gegen die Fortsetzung der Militärdiktatur ausgesprochen: Nach dieser Niederlage der Militärdiktatur wurden weitere Schritte hin zu einem Demokratisierungsprozeß in die Wege geleitet, wie z. B. die Zulassung oppositioneller Parteien und die Ankündigung freier Präsidentenwahlen für den 14. Dezember 1989.

Am 14. Dezember 1989 werden die Bürgerinnen und Bürger Chiles über die weitere Zukunft ihres Landes entscheiden. Der Deutsche Bundestag hofft, daß damit der entscheidende Durchbruch einer Rückkehr zur Demokratie erfolgt.

Aufgabe der neuen Regierung und des Parlaments wird unter anderem sein:

- Freilassung aller Personen, die aus Gründen der politischen Gegnerschaft zur Diktatur inhaftiert sind,
- Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit für allgemeine Strafverfahren,
- Abschaffung der Todesstrafe,
- Gewährleistung der Presse- und Meinungsfreiheit,
- Schaffung von Gerechtigkeit gegenüber Opfern von Menschenrechtsverletzungen und ihren Hinterbliebenen,
- Erarbeitung und Verabschiedung einer neuen Verfassung.

Zur Unterstützung freier und demokratischer Wahlen am 14. Dezember 1989 schickt der Deutsche Bundestag eine offizielle Beobachterdelegation aller Fraktionen nach Chile. Der Deutsche Bundestag wird den Demokratisierungsprozeß in Chile mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln weiterhin unterstützen.

Der Deutsche Bundestag wird dem demokratischen Chile seine Hilfe anbieten.

Bonn, den 15. November 1989

Dr. Dregger, Dr. Bötsch und Fraktion

Dr. Vogel und Fraktion

Mischnick und Fraktion

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion